

# Christlicher Textilarbeiter

## Centralorgan für Deutschland.

### Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: E. M. Schiffer in Krefeld,  
Weststraße 25.  
Anträge und sonstige Beiträge sind bis Dienstags morgens 22 bis  
Redaktion in Krefeld einzuliefern.

Abonnenten bitten die Expedition zu benachrichtigen. Bei Wechsel-  
stellungen sind die Adressen anzugeben.  
Belegblätter werden mit 5 Pf. von Konfekt abgegeben.

Das „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Sonntag und  
kostet vierteljährlich 75 Pf.; durch die Post bezogen 90 Pf.  
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van der Meer in  
Krefeld, Brückstraße 55.

4. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, den 12. Juli 1902.

(Auflage 18,000.)

Nr. 28.

## 8. Der IV. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

### Stand der einzelnen christlichen Gewerkschaften am 1. April 1902.

Dem Gesamtverbande gehörten an:

	Zahl- stellen	Mittel am 1. IV. 1902.	weniger resp. mehr gegen d. Vorjahr
Gewerksverein Christl. Bergarbeiter Deutschlands	175	35000	+1000
Gew. S. Christl. Berg-, Eisen- und Metallarbeiter (Siegerland)	154	8950	-2150
Centralverband christlicher Textil- arbeiter Deutschlands	130	15000	+1965
Verband christlicher Holzarbeiter Deutschlands	91	4022	+ 892
Gewerksverein der Fiegler in Sippe Christl. sog. Metallarbeiterverband in Duisburg	62	2871	- 829
Sauerl. Gewerksverein der Metall- arbeiter	14	1000	- 800
Verband der Blei-, Zink- und Zinnarbeiter (Stolberg)	3	510	- 40
Christl. sog. Verband der Tabak- und Cigarrenarbeiter	21	900	- 300
Verband Christl. Schuh- und Leder- arbeiter	31	1100	-
Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen	24	700	- 100
Verband der Christl. Arbeiter der Lederindustrie (Willingen)	8	331	- 169
Verband Christl. Gerbereiarbeiter (Siegen)	4	200	- 100
Verb. d. Christl. Bäcker und Kon- ditorengesellen (Düsseldorf)	3	100	- 5
Verband Christl. Maler und An- streicher (Köln)	12	365	+ 285
Metallarbeiter - Gewerkschaft in Schwäbisch Gmünd	1	137	-
Arbeiterchutz Freiburg	11	171	+ 91
Verband nichtgewerblicher Arbeiter (München)	31	1400	+ 120
Bayerisches Gewerkschafts-Kartell (München)	-	1900	-
Berufliche Vereinig. d. Glasarbeiter und verwandter Berufe	1	150	-
Gewerksb. der Heimarbeiterinnen Verband christlicher Straßenbahner (Düsseldorf)	5	1220	- 634
Bayerischer Textilarbeiterverband Arbeiterchutz Berlin	3	120	- 175
Gewerksch. Komm. in Stuttgart	-	2200	neue Zahlen
Verband Christlicher Maurer und verwandter Berufe	-	180	für 1902 beg.
-	-	600	nicht vor, es
-	-	4000	i. d. Zahl. f.
-	-	-	1901 eingest.

Dem Gesamtverband waren nicht angeschlossen:

Verband deutscher Eisenbahnhand- werker	-	36400	+12265
Bayerischer Eisenbahner-Verband	-	18276	+ 1724
Badischer Eisenbahner-Verband	-	5940	+ 1262
Bürt. Verband der Eisenbahner	-	7058	St. v. 1901
Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals	-	6000	+ 600
Oberhessischer Verband zur gegen- seitigen Hilfe	-	15000	St. v. 1901
Verb. Christl. Steinarb. Deutschl.	2	34	-
Verband d. Bayer. Straßenwärter	-	1000	+ 1000
Band der Fleischergehl. Deutschl.	-	700	+ 700

Auf der Tagesordnung der Nachmittags-Sitzung vom 30. Juni  
stand zunächst die Frage des Genossenschaftswesens. Es refe-  
rierte hierüber F. B. Sch (Krefeld) (Textilarbeiterverband). Er gab  
einen Überblick über die Entwicklung der Konsumvereine und der  
Produktivgenossenschaften und begründete dann eine Resolution mit  
folgenden Thesen:

„Für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter  
kommt neben der Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedin-  
gungen die vornehmste Verwendung des Lohnes als wesentlicher  
Faktor in Betracht. Dieses Ziel ist am ehesten zu erreichen durch  
Organisation der Arbeiter als Konsumvereine in Konsumvereinen  
und Genossenschaften zum Zwecke des Einkaufs von Lebensmitteln.  
Die Vorteile der Konsumvereine bestehen im Wesentlichen in fol-  
genden Punkten:

1. Sie ermöglichen den preiswürdigen Einkauf der Lebens-  
mittel, schenken den Konsumenten vor Überverteilung durch zu  
hohe Preisforderungen und erhöhen so die Kaufkraft des Arbeiters.
2. Sie ermöglichen eine scharfe Kontrolle über die Qualität  
der Lebensmittel und verhindern die Überverteilung der Konsum-  
menten durch Verkauf minderwertiger oder gar gesundheitschäd-  
licher Produkte.
3. Sie bekämpfen das schädliche Vorgeschick, indem sie die  
Arbeiter an Verzehrung gewöhnen und wirken dadurch erzehrerisch  
auf die Arbeiter.

Aus diesen Gründen und mit Rücksicht auf die Erfahrungen,  
welche bereits im Konsumvereinswesen gemacht sind, und ferner  
Angelegenheiten des Umfanges, das andere bereits in erheb-  
lichem Maße von der genossenschaftlichen Organisation Gebrauch  
gemacht haben, empfiehlt der vierte Kongress der christlichen Ge-  
werkschaften Deutschlands die Gründung von Konsumvereinen als  
ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage  
der Arbeiter.

Gegenüber den von einzelnen christlichen Gewerkschaften ge-  
gründeten Genossenschaftsfabriken erklärt der Kongress, daß es  
das unzweifelhafteste Recht der Arbeiter ist, die genossenschaftliche  
Produktion dort, wo sie angängig und durchführbar ist, in die  
Hand zu nehmen. Derselbe empfiehlt jedoch die allergrößte Vor-  
sicht bei solchen Gründungen und warnt vor Uebereilung, da  
Widerfolge für die gesamte Gewerkschaftsbewegung schädlich wirken

müssen. Derselbe erwartet ferner, daß sowohl bei Gründung von  
Konsumvereinen als Produktivgenossenschaften die gewerkschaftliche  
Organisation und Agitation nicht vernachlässigt werde, da nach  
wie vor die Stärkung und Ausbreitung der christlichen Gewerks-  
chaften als dringendes und notwendiges Ziel betrachtet wer-  
den muß.

Wie der Referent mitteilte, haben die christlichen Gewerkschaften  
noch wenig auf dem Genossenschaftsgebiete gethan. Es besteht eine  
Produktivgenossenschaft, nämlich die der Tabakarbeiter in Kalben-  
kirchen. Diese erzielte im ersten Jahre einen Reingewinn von 3000  
Mk. Konsumvereine sind von den Textilarbeitern in der Zahl von  
37 eingerichtet. Beteiligt sind 2470 Personen mit einem Betriebs-  
kapital von 42 000 Mk. Der Warenumsatz habe in sechs Monaten  
102,369 Mk. betragen. In M. Gladbach sei eine Großeinkaufsge-  
nossenschaft eingerichtet. Als Mitglieder bei diesen Genossenschaften  
würden alle christlich organisierten Arbeiter zugelassen, ferner solche  
Leute, die nicht in der Lage seien, sich zu organisieren. Es frage  
sich, ob die errobten richtig sei und nicht vielmehr jeder Arbeiter  
zugelassen werde. Der Referent spricht sich für den Ausschluß der  
Nichtorganisierten aus.

Dießler (Freiburg) betont, daß von den bestehenden Konsum-  
vereinen nur ein Bruchteil unter sozialdemokratischer Leitung stünde.  
Speziell in Süddeutschland wäre es falsch, besondere Gewerkschafts-  
konsumvereine zu begründen. Vielleicht sei dies im rheinisch-west-  
fälischen Industriegebiet eher angebracht, man dürfe aber nur dort  
vorgehen, wo die Arbeiter dafür reif seien. Zu bekämpfen seien die  
unlauteren Konsumvereine und die von den Unternehmern ein gerichteten  
Konsumgeschäfte, vor allem diejenigen, die auf Barg liefern und  
sich dann am Vorkauf schadlos hielten.

Döring (Köln) beantragt, die Resolution dahin zu ändern,  
daß nicht den Gewerkschaften als solchen, sondern nur den einzelnen  
Arbeitern der Beitritt zu Konsumvereinen empfohlen werde. Die  
Gewerkschaften, die selbst Konsumvereine bilden, sollen  
Maßnahmen zur Unterbrechung eines anderen Standes, des Klein-  
gewerbes, zu treffen.

Der Kongress (Kaiserlautern) rät dringend, nur dort, wo man  
eine Parteilose Organisation habe, eigene Konsumgenossenschaften zu  
gründen. Wo ein tüchtiger, solider Krämerstand bestehe — in  
kleinen Städten sei dies vielfach der Fall — solle man keine Kon-  
sumvereine gründen.

Diekmann (St. Louis) hebt die Berechtigung der Selbst-  
hilfe durch Konsumvereine hervor. Zur Resolution beantragt er  
den Zusatz: „Arbeiter, die sich nicht in Gewerksvereinen auf christ-  
licher Grundlage organisieren können, z. B. Tagelöhner und kleine  
Handwerker, können den von den christlichen Gewerksvereinen er-  
richteten Gewerkschaften beitreten.“

Schiffer (Krefeld) hält es für schwierig, leistungsfähige Kon-  
sumvereine nur für die christlichen Gewerkschaften zu gründen. Dies  
würde sogar zum Teil für die rheinisch-westfälische Industriegegend  
zu. Der Kongress solle es den Genossenschaften freistellen, ob sie  
andere Kreise als die der Arbeiter zu Konsumvereinen zuziehen  
wollten. In den unabhängigen Beamten der Gewerkschafts-Kon-  
sumvereinen habe man ein geeignetes Material für die Agitation  
der Gewerkschaften selbst.

Diekmann (Berlin) stimmt der Resolution im Allgemeinen  
zu, er warnt jedoch vor einer Hurrastimmung, denn es handele  
sich um ein Geschäft. Sehr wichtig sei auch die Bildung von Bau-  
genossenschaften. Das Berliner christliche Gewerkschaftskartell habe  
sich beteiligt an einer vaterländischen Baugenossenschaft, die 1000  
Arbeiterwohnungen schaffen wolle.

Dohm (Wien) bezeichnet es als notwendig, daß die  
Konsumvereine gute Waren liefern aber die Preise nicht gedrückt  
würden. Die tüchtigen Agitationskräfte der Gewerkschaften dürften  
keinesfalls durch die Tätigkeit der Konsumvereine lahm gelegt  
werden.

Wieber (M. Gladbach) rät, zu Produktivgenossenschaften  
erst dann zu schreiten, wenn durch die Konsumvereine ein Absatz-  
gebiet gesichert sei. Die Rücksicht auf die allerkleinsten Händler  
dürfe vor der Bildung von Konsumvereinen nicht abschrecken. Man  
könne der Umwälzung auf dem Gebiete der Produktionsverteilung  
nicht entgegengetreten, sondern müsse die Zentralisation mitmachen. Der  
Mittelstand leide darunter nicht, denn der Stand der Konsumver-  
einsbeamten sei ein neues tüchtiges Glied des Mittelstandes.

Druff (Essen) bezeichnet es als notwendig, daß die Gewerks-  
chaften ihre Statuten ändern, damit sie in der Lage seien, aus  
ihren Reserven das Konsumwesen durch Darlehen zu unterstützen.  
Als Leiter der Konsumvereine müsse man geeignete Leute suchen;  
Arbeiter brauchten es nicht gerade zu sein. Sei den Werteskonsum-  
anstalten seien die Verhältnisse jetzt besser als wie früher, nachdem  
durch die Gewerkschaften das Trübsystem verboten sei. Die Frage  
der Wohnungsbaugenossenschaften müsse auf einem späteren Kongress  
erörtert werden.

Lechner (München) beantragt, in der Wortfassung der Re-  
solution eine Bemerkung zu streichen, daß die Konsumvereine den  
zu hohen Preisforderungen der Kleinhändler entgegenwirken sollten.

Nachdem sich in der Diskussion außer den erwähnten Rednern  
noch manche Andere geäußert hatten, erhielt B. Sch (Krefeld) das  
Schlußwort. Einer Einrede gegenüber, es sei noch zu früh, daß die  
christlichen Gewerkschaften zu Konsumgründungen übergingen, er-  
klärte er, es sei dazu die höchste Zeit, sonst sei von den Gegnern  
überall das Wasser abgegraben. Der Arbeiter, der der ärmste der

Armen sei, bedürfe am ersten der Hilfe durch die Konsumvereine.  
Der Kongress müsse für diese Bestrebung bestimmte Direktiven geben,  
sonst komme man zu nichts; denn der Geist des Widerpruchs gehe  
tief durch die christlichen Reihen; er wolle nicht erderten, was den  
Gewerkschaftsagitatoren Alles gesoren werde. Die Bewilligung von  
Kassengeldern an Konsumvereine müsse bedingt werden durch die  
ausschließliche Teilnahme von Verbandsmitgliedern. Mit der  
Streichung des Passus betreffend die Kleinhändler sei er einver-  
standen. Redner schließt mit der Aufforderung: Sorgen Sie dafür,  
daß bei Ihren Konsumvereinen kein Wolf mit in den Schaffall  
bringt. Die Sozialdemokratie sucht mit diabolischer Geschicklichkeit  
überall in die Konsumvereine einzudringen, darum sei Vorsicht am  
Platze!

Die Resolution gelangte hierauf mit der von Lechner (München)  
vorgeschlagenen Aenderung einstimmig zur Annahme.

Nachdem noch ein Vorschlag des Herrn W. Mumm abge-  
lehnt worden war, in einer Kommission eine Einigung in dem  
Streitfall zwischen dem Gesamtverbande und dem Metallarbeiter-  
verbande in Duisburg zu versuchen, vertagte sich der Kongress.

In der Vormittags-Sitzung vom 1. Juli wurde über  
den Schutz der gewerblich thätigen Frauen und jugendlichen  
Arbeiter

beraten. Das Referat hatte Schiffer (Krefeld); die Vorträge des-  
selben waren in einer längeren Resolution niedergelegt. Die Haupt-  
punkte sind:

Der Kongress ist entschieden der Ansicht, daß die Gesetzgebung  
auf dem Gebiete des Arbeiterinnen-schutzes gründlicher eingreifen  
muß, als dies bisher geschehen ist. Geordert wird: Die schritt-  
weise Herabsetzung des Maximalarbeitstages der Frauen bis auf  
neun Stunden, die Einführung von mindestens 1 1/2-stündigen Mit-  
tritten, deren Einfluß in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht  
schädlich wirkt, weiter die Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmun-  
gen auf die Hausindustrie mit gleichzeitiger Verbot an die Unter-  
nehmer, den Arbeiterinnen noch Beschäftigung mit nach Hause zu  
geben. Der Kongress fordert weiter einen ausreichenden Wächter-  
innen-schutz (8-10 Wochen Arbeitsunterbrechung), Einschränkung der  
Fabrikarbeit verheirateter Frauen (Halbtagsbeschäftigung); Witwen  
und Frauen, die kein Hausweien zu besorgen haben, sollen nicht-  
verheirateten Arbeiterinnen gleichgestellt werden. Großes Gewicht  
legt der Kongress auf eine umfangreiche und eingehende Tätigkeit  
der Gewerbeinspektion (Arbeiterassistenten). Schließlich betont die  
Resolution die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation  
der gewerblich thätigen Arbeiterinnen, insbesondere dort, wo die  
Frauenarbeit den Wert der Männerarbeit herabgedrückt hat (Textil-  
und Tabakindustrie). Der Grundgedanke „gleiche Leistungen, gleicher  
Lohn“ müsse zur Geltung gebracht werden. Die Arbeiterinnenorgani-  
sation soll zunächst unmittelbar, später nur mittelbar mit den  
Männerorganisationen verbunden sein. Die Resolution betont da-  
bei, daß bei der Agitation und der Organisationsform aus prin-  
zipiellen und taktischen Gründen auf die stillische Stellung der Frau  
in der Gesellschaft, zumal in der Familie und auf die oft eigen-  
artigen Bedürfnisse der Arbeiterinnen die weitgehendste Rücksicht zu  
nehmen sei. Den Gewerkschaften wird empfohlen, eine hinreichende  
Zahl von weiblichen Vertrauenspersonen zu ernennen. Für jugend-  
liche Arbeiter verlangt die Resolution die Heraushebung des gesetz-  
lichen Schutzes auf 18 Jahre (jetzt 16) und die Reduzierung der  
Arbeitszeit auf neun Stunden (bei Arbeiterinnen unter 16 Jahren acht  
Stunden).

Bei der Begründung der Resolution führte der Referent aus,  
es gebe in Deutschland über eine Million Arbeiterinnen und über  
1/2 Million Frauen, die im Handel und Verkehr thätig seien. Weiter  
seien 350,000 jugendliche Arbeiter und Kinder gewerblich thätig.  
Die Bedeutung der Frauenfrage für die Arbeiterfrage erhelle ins-  
besondere daraus, daß 20 pCt. der deutschen industriellen Arbeiter-  
schaft dem weiblichen Geschlecht angehören. Als notwendige Maß-  
nahme der Gesetzgebung bezeichnet der Referent die Einschränkung  
der Fabrikarbeit verheirateter Frauen. Zu vorrätigen Schritten  
auf diesem Wege empfahl sich gerade die Zeit des jetzigen wirt-  
schaftlichen Niederganges.

In der Diskussion stellte Diekmann (St. Louis bei Krefeld)  
den Antrag, in der Resolution schärfer zu betonen, daß die Arbeit  
verheirateter Frauen völlig abgelehnt werden müsse. Was nützte  
alle Klagen über die Verhütung der Jugend, wenn man den Frauen  
die Gelegenheit nehme, für eine christliche moralische Erziehung der  
Kinder zu sorgen. Besonders schlimm sei die Ausnützung in der  
Textilindustrie.

Frank (Lobberich bei Krefeld) hebt hervor, daß in den Lob-  
bericher Textilfabriken, die 3000 Arbeiter beschäftigen, seit drei  
Jahren keine verheiratete Frau mehr arbeite, ohne daß der Betrieb  
dadurch weniger rentabel sei. Die Fabrikanten hätten auf Vor-  
stellung der Gewerkschaft diese Maßnahmen getroffen.

Ellerkaamp (Sippe) verweist auf das Ueberhandnehmen der  
Frauenarbeit in den Ziegeleien am Niederrhein, es handele sich um  
holländische und belgische Arbeiterinnen, die unter den mäßig-  
sten, unzulässigsten Verhältnissen bis 16 Stunden täglich schwere Ar-  
beit leisten müßten. Im Interesse der deutschen Arbeiter müsse das  
Verbot der Zulassung russischer Arbeiter zur Ziegeleiarbeit aus-  
gedehnt werden auf holländische und belgische Arbeiterinnen.

Sie. Mumm glaubt, es sei bedenklich, gesetzlich die Fabrikarbeit verheirateter Frauen zu verbieten. Er befürchte aus einem solchen Verbot in sittlicher Hinsicht bedenkliche Folgen: geheimer Kindermord, Vermehrung der Eheverlassenheit etc. Wichtig sei es, durch Kräftigung der Organisation die Beseitigung der Frauenarbeit zu erstreben.

Frl. Behm (Berlin) beantragt, in der Resolution den Passus, betr. die Organisation, wie folgt zu fassen: „Die Arbeiterinnenorganisation ist als selbständige Organisation neben der der Männer durchzuführen und dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften einzugliedern. Ein Centralverband der christlichen Arbeiterinnenvereine Deutschlands ist anzustreben.“ Die Rednerin betont, daß es den Frauen nicht genüge, zu wissen, daß sie christlich organisiert seien, sie wollten dies auch fühlen. In den Berliner Sektionen der Heimarbeiterinnen habe sie auf allgemeinen Wunsch das Singen von christlichen Liedern und das Sprechen von Gebeten einführen müssen. Diese Maßnahme solle den Charakter der Interkonfessionalität der Bewegung nicht beeinträchtigen.

Do Huesen (Bielefeld) richtet eine dringende Mahnung an alle Väter, dafür zu sorgen, daß ihre gewerblich thätigen Töchter den konfessionellen Arbeiterinnenverbänden beitreten. In diesen könne man darauf hinarbeiten, daß die konfessionellen Arbeiterinnen den Gewerkschaften zugeführt werden.

Gieseler (Freiburg) macht darauf aufmerksam, daß in Baden mehr als wo anderswo die Frauenarbeit bestehe. In der Textilindustrie seien von 32000 Beschäftigten 24000 weibliche. Auffallend sei, daß man bei der Kräftigung in der Textilindustrie zahlreich Männer entlassen habe, während man dann Frauen juche. Man habe sogar Hunderte von Arbeiterinnen aus Italien kommen lassen. Seitdem in der Schweiz die Frauenarbeit beschränkt sei, seien in Baden mit schweizerischem Kapital viele Textilfabriken errichtet, um hier von der billigen weiblichen Arbeitskraft Profit zu ziehen. (Hört! Hört!)

Becker (Zulda) wendet sich besonders gegen die in Süddeutschland sehr häufige Frauenarbeit im Baugewerbe. Die Organisationen müßten dagegen Front machen. Der Wöchnerinnenschutz dürfe auch ledigen Personen nicht vorenthalten werden.

Giesberts (M.-Glabbach) macht auf Schwierigkeiten bei der Durchführung der geforderten Gesetzesbestimmungen aufmerksam; man solle die Forderungen nicht zu schroff aufstellen, sondern die Resolution unverändert lassen. Die Frauenorganisationen müßten unter der Oberleitung der Männerorganisation bleiben, da die Frauen in allen Berufsfragen mit den Männern zusammengehen müßten. Wenn die Gewerkschaften Hand in Hand mit den konfessionellen Arbeitervereinen wirkten, erziele man am ehesten Erfolge. Eine Hauptaufgabe der Frauengewerkschaften müsse die Erziehung der Mitgliebtöchter zur Hausfrau bilden.

Schneider (Stuttgart) fordert die Beseitigung der Frauenarbeit im Eisenbahnbau.

Sienrich (Wachen) schildert die Verhältnisse in der Textilbranche in Wachen. Hier seien sogar Frauen von Handwertern in Fabriken thätig. Man solle die Fabrikanten jetzt nicht mit Glacehandschuhen anfaßen, sondern mit der heißen Faust des Arbeiters.

Benefiziat Lederer betont die Wichtigkeit konfessioneller Arbeiterinnenvereine: diese müßten nicht nur herantreten für die Gewerkschaftsbewegung, sondern mitwirken. Das konfessionelle Moment gehöre in die Arbeiterinnenvereine, nicht in die Gewerkschaften, nur so sei eine Klärung zu schaffen.

Bruck (Eisen) spricht sich dafür aus, daß die Arbeiterinnenvereine als selbständige Organisationen legitimiert werden.

Rechner (München) bemerkt, daß den Kräftigen der Porzellanmalerei durch Frauen aus gebildeten Ständen, die sich ein Lohngehalt verdienen wollten, Konkurrenz gemacht werde.

Frl. Behm (Berlin) erklärt sich einverstanden mit der von Bruck vorgeschlagenen Änderung ihres Antrages. Im Weiteren betont sie, daß in den Frauenorganisationen keine konfessionellen Schemata behandelt werden dürften, sondern nur gewerkschaftliche. Die Gewerkschaft dürfe auch nicht zur hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule werden.

Im Schlußwort führt Schiffer (Stiefeld) aus, es sei nicht angemessen, Forderungen zu stellen, die von vornherein undurchführbar seien.

bar schienen. Deshalb habe er manche gerechte Wünsche in der Resolution zurückgestellt. Das Bedenken des H. Mumm, das Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen könne sittliche Schäden im Gefolge haben, teile er nicht, denn unter den Arbeitern herrsche immer noch das richtige Gefühl, daß die Frau ins Haus gehöre, und die Frauen gingen auch nicht in die Fabrik, wenn nicht Not und schlechte Gewohnheit ihren Einfluß ausübten. Diesen schlechten Gewohnheiten müsse man mit Gesetzesbestimmungen und mit der Kraft der Organisation entgegenreten. Der Herr Referent erklärt sich dagegen, daß die Arbeiterinnen sich selbständig organisierten, bevor sie aus ihren eigenen Reihen geschulte Führerinnen herangebildet hätten. Man acceptiere die Hilfe aus den gebildeten Ständen, müsse aber die Emanzipation von dieser Hilfe ins Auge fassen, sonst komme leicht nicht immer das wahre Arbeiterinteresse zur Geltung, und man habe schließlich Streikbrecherorganisationen. Der Referent erklärt sich schließlich mit mehreren Änderungen der Resolution einverstanden und zwar 1. daß der Maximalarbeitszeit der Frauen auf „mindestens“ neun Stunden reduziert werden soll, 2. daß die Frauenarbeit verboten werden soll „in und auf“ Bergwerken, in Hüttenbetrieben und im Baugewerbe. 3. Daß betr. die Fabrikarbeit verheirateter Frauen erklärt wird, „der Kongreß ist entschieden der Ansicht, daß die Fabrikarbeit verheirateter Frauen auf die Dauer vollständig beseitigt bald aber eingeschränkt werden soll.“ Ein Antrag Dickmann schlägt für diesen letzten Absatz folgende Fassung vor:

„Der Kongreß ist entschieden der Ansicht, daß die Fabrikarbeit verheirateter Frauen abgelehnt werden muß. Nach Einführung des achtstündigen Maximalarbeitszeitgesetzes muß von zwei zu zwei Jahren eine weitere Kürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden eintreten, bis die Frauenarbeit völlig beseitigt ist. Für Witwen und Frauen, die Erntehelferinnen der Familie sind, können vom Gesetz Ausnahmen zugelassen werden.“

Weiter beantragt Dickmann (St. Lönis) zu fordern, daß der Maximalarbeitszeit der Frauen auf acht Stunden herabgesetzt werde.

Bei der Abstimmung wurde die vorgeschlagene Resolution mit letzterem Antrag (Achtstundentag) sowie den Änderungsanträgen des Referenten in Punkt 2 und 3 angenommen.

Abgelehnt wurde der Antrag Dickmann (völlige Beseitigung der Arbeit verheirateter Frauen), sowie der Antrag des Frl. Behm (sofortige Begründung selbständiger Frauenorganisationen).

Heute Nachmittag besaßte sich die Versammlung mit internen Angelegenheiten des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

Außer den schon genannten Organisationen sind noch anwesend 4 Delegierte des Holzarbeiterverbandes und 1 Delegierter des neu beigetretenen Fleischerverbandes, der 800 Mitglieder zählt. Es wurde betont, daß prinzipiell nur Arbeiter als Delegierte zugelassen werden sollten, eine Ausnahme wurde diesmal mit dem Vertreter des Fleischerverbandes, H. Mumm (Berlin), gemacht. Der als Gast bereits angekündigte Generalsekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland, Dr. Pieper, ist heute anwesend; er wurde vom Vorsitzenden herzlich begrüßt.

Die Generalversammlung beschloß zunächst einen Ausbau der Centrale durch Anstellung von Sekretären. Bisher war als Sekretär des Verbandes im Nebenamt Giesberts-M.-Glabbach, der Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ und des Verbandsorgans „Die Mittelungen“ thätig. Außerdem hatte das hiesige Gewerkschaftskartell mit Unterstützung des Verbandes den Sekretär Peter W. in München angestellt. Fortan ist als Generalsekretär des Verbandes mit 2400 Mk. Gehalt der bisherige Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Stegerwald-München thätig. Er verlegt seinen Wohnsitz nach Köln, wohin fortan auch das Verbandsorgan verlegt wird. Der Verband hat weiterhin einen besonderen Sekretär für Süddeutschland und Mitteldeutschland angestellt, Gieseler (Freiburg), der ebenfalls Mitglied des Holzarbeiterverbandes ist. Der Verband der nützgewerblichen Arbeiter (Sitz München) hat beschlossen, ein besonderes Verbandsorgan herauszugeben, mit dessen Leitung Herr Braun (München) betraut ist. Giesberts bleibt Redakteur der „Mittelungen“. Der neue Generalsekretär soll insbesondere in den Ostprovinzen für die christliche Arbeiterorganisation agitieren, speziell unter den Bergarbeitern

Schleiers; ferner soll er die kleinen Verbände in ihrer Agitation unterstützen.

Die Generalversammlung beschäftigte sich dann mit dem „Falle Wieber“. Der christlich-sozialer Metallarbeiterverband in Duisburg, dessen Vorsitzender Herr Wieber ist, steht seit Langem in Opposition zum Gesamtverbande. Dies trat besonders beim Neutralitätsstreik hervor. Wieber vertritt die Auffassung, daß die Gewerkschaften Politik treiben müßten; in seiner Polemik betonte er, der Ausschuß hole sich stets Vorspann von M.-Glabbach. Im Laufe des letzten Jahres führte Wieber gelegentlich der Volltarifdebatte in seinem Organ „Der deutsche Metallarbeiter“ eine heftige Polemik gegen Arbeiterführer, die den Mantel nach dem Winde hingen und sich nach Oben ließ Kind machen wollten. Giesberts nahm dagegen Stellung in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, ebenso der Gesamtausschuß, der sich in der Frage mit dem Verbandsredakteur für solidarisch erklärte. In der heutigen Debatte betonte Giesberts, daß Wieber bis heute noch nicht die Namen genannt habe, gegen die er die ehrenrührigen Beschuldigungen gerichtet habe. Mit Rücksicht auf die Behauptungen vom „Vorspann aus M.-Glabbach“ bemerkte er unter dem großen Beifall der Versammlung, die Arbeiter könnten dankbar dafür sein, daß es eine Stätte gebe, wo es den Arbeitern möglich sei, sich die nötigen Kenntnisse zu erwerben, um in die Debatte einzutreten zu können. Namens des Ausschusses gab Herr Bruck dann die Erklärung ab, es sei dem Ausschusse unmöglich, mit Wieber zusammenzuarbeiten. Wieber erwiderte, er sei der Angegriffene; er habe das Recht, seiner politischen Ueberzeugung öffentlichen Ausdruck zu geben; das sei bei der Volltarifdebatte auch von Seiten Brucks, Giesberts und Stegerwalds geschehen, und zwar bevor er selbst zu dieser Frage Stellung genommen habe. Er sei Anhänger der Centrapartei und halte seine Opposition gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise für durchaus damit vereinbar. Es falle ihm gar nicht ein, im Allgemeinen Alles zu verwerfen, was von M.-Glabbach komme. Seine Polemik, die Giesberts auf sich bezogen hatte, sei lediglich auf einen Redner in einer Kölner „Metallarbeiterversammlung“ gerichtet gewesen und nicht auf gewerkschaftliche Vertreter der Arbeiter. Dieser Redner in Köln sei, wie es sich später herausgestellt habe, kein Arbeiter gewesen. Er erkläre ausdrücklich, daß er die als Beleidigung des Ausschusses geübten Angriffe nicht gegen diesen gerichtet habe. Wenn er Giesberts eine infamienquente Haltung in der Volltariffrage vorgeworfen habe, sähe sich dies auf die Erklärung Giesberts, er sei als Gewerkschafter gegen Volltarif erhoben, als Politiker könne er aber zu einer anderen Stellung kommen und sei als solcher in der That für höhere Ziele. Einem Vertrauensbruch habe er sich nie zu Schulden kommen lassen. Das von ihm zitierte Rundschreiben aus der Diözese Münster sei nicht geheim gewesen, sondern öffentlich in katholischen Arbeitervereinen verlesen worden. Daß ein eintätiges Zusammenwirken im Ausschusse zwischen ihm und Bruck nicht möglich sei, gebe er zu; er könne sich die diktatorische Behandlung nicht gefallen lassen.

Eilerkamp (Wippe) wendet sich scharf gegen die Disziplinlosigkeit, die Wieber gezeigt hatte. Durch das Münzener Programm sei festgestellt worden, daß in den Gewerkschaftsorganen keine Politik getrieben werde. Die Volltariffrage sei nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine politische. Er stehe politisch auf dem Standpunkte Wiebers, verwerfe aber durchaus sein Verhalten, das vielen Zwist in die Gewerkschaftsbewegung getragen habe. Eine Reihe weiterer Redner sprachen sich ebenso scharf gegen die Opposition Wiebers aus.

Königsbauer (München) stellt den Antrag, einen Führer, wie Wieber, der absolut nicht zur Reue zu bringen sei, nicht wieder in den Ausschuß und an seine Stelle das Mitglied vom Metallarbeiterverband Ehrler (Freiburg) zu wählen.

Schiffer (Stiefeld) hält Wieber entgegen, daß er sich mehr von persönlicher Ueberhebung leiten lasse als von Interessen der Gesamtheit.

Kurtzweid (Köln) betont, daß trotz aller Verbrechen Wiebers's feilstehe, daß er in der unerhörtesten Weise die christlichen Gewerkschaften verächtlich habe.

Giesberts bestreitet die Wichtigkeit der ihm von Wieber in den Mund gelegten Aeußerungen.

## Lehrgeld.

Erzählung aus dem Alltagsleben von Emu Gordon.

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

Der neue größere Schmerz und die damit verbundene Erregung gaben Klara den Mut, ehe sie ihre Hände in die Arme ihrer Mutter, ihre Hände auszuweichen und ihr mit einer gewissen Würde zu erklären, sie wolle heute noch so, weil sie im Gefühl der Schuld das Haus zu verlassen wünsche. Der Verdacht gegen sie sei ein gänzlich unbegründeter, und das Gedächtnis des jungen Herrn habe sie zum ersten Mal zu Gesicht bekommen, als sie es in Frau Miras Hand erblickte.

Das Leid, welches so unverkennbar aus des Mädchens Augen sprach, rührte die Dame, und obwohl sie von ihrer Unschuld noch keineswegs überzeugt war, sagte sie doch freundlich zu Klara: „Da Sie nun ohnehin gehen müssen, braucht Niemand hier einen anderen Grund für Ihre Abreise zu erfahren, als den Kräfteverlust in Ihrer Familie. Es soll mich freuen, wenn es mit Ihrer Mutter nicht so schlimm steht, als Sie zu fürchten scheinen.“

Frau Miras sagte auch dazu, daß für das Mädchen, welches die ganze Nacht durch mit dem Schreien ihrer Mutter, Stöhnen und Weinen zugebracht wurde. Damit glaubte sie ihrer Pflicht übererfüllt genug zu haben. Frau Miras wachte nicht mehr, sondern schlief ein. Dieser Stoß mit einer angeborenen Härte gepaart, gab ihm ein gewisses Ansehen und hielt die Leute in einiger Entfernung von ihm. In der eigenen Familie übte sie stets strenge Justiz; Worte der Liebe aber zählten zu den größten Seltenheiten. Noch hatte sie heute des Sohnes nicht habhaft werden können, um ihn zur Ruhe zu stellen; doch wird die Stunde der Burechtweisung für ihn ebenso wohl schlagend, als für die schuldlose Witze.

Bestere trug der nächtliche Wahnsinn leidend und in unruhig-dringliche Randworte gekleidet, der Feind entgegen. Seit Monaten hatte Klara sich innerlich nach der Mutter gelehrt; jetzt war das Wiebelschen ganz nahe gerückt, und — vielleicht auch die Errettung hienieden.

Früh Morgens am frühen Morgen angelangt, schaute sie ängstlich zum Fenster des Waggons hinaus, um den Vater, der sie wohl abholen würde, zu empfangen. Niemand war da! Doch — dort etwas abseits stand der Wägelwagen, mit dem der Vater täglich zum Städtchen fuhr; er selbst aber saß, und ein junger Mann, der halb verlegen, halb neugierig nach ihr herüberblickte, stand beim Fenster.

Seine Augenblick war die Sorgenfalte wie weggeblasen von Klaras Lächeln, das lächelnd bei dem Gedanken dachte, Johann habe sie doch nicht vergessen. Würde er jetzt im trüben Morgenlicht des wolkenhangenen Himmels zaghaft dort drüben stehen? Sie nicht ihm fremdlich zu, ehe sie sich selbst nach ihrem Gesicht umsehete. Als sie mit demselben Atemlos anlangte, begrüßte sie den jungen Mann mit züchtlicher Unbefangenheit.

Er bemerkte, er habe ihrem Vater angeboten, statt seiner herbeizufahren, damit er die Mutter nicht zu verlassen brauche. Sie läge schwer krank an einer Lungenerkrankung darnieder. Dieser sachliche Bericht, der des Mädchens Schmerzliche Erregungen beseitigte,

half Johann über die Verlegenheit hinweg, die auf seinen offenen Lippen deutlich zu lesen war.

Die Fahrt ging so ruhig vor sich, als es sich bei der vor das Wägelwagen gespannte Brause gefühlt hätte, den der Führer nicht gewillt war, zu ändern. Und doch schien es Klara endlos, bis der Wagen endlich vor dem häuslichen mit dem grünen Säden stille stand.

Hinter der Haustür glockten neugierige Kindergesichter hervor, für welche die Schwelger „aus der Stadt“ eine Art von Respekt, herab war.

„Gott sei Dank!“ jagte sich Klara, sie war nicht zu spät gekommen. Die Gesichter der Schwelger verzerrten keine Trauer, sondern nur Neugier, und ihr verwahrlohtes Äußeres zeigte, daß der Mutter Hand und Auge fehlte.

Schwer atmend lag die Kranke im hohen Fieber da; aber als Klara eintrat, spielte ein Lächeln um ihren Mund. Wie übermäßig sah der Vater aus, der die ganze Nacht arggenommen und jetzt hier war, sich ein paar Stunden Ruhe gönnen zu dürfen.

Klara erkannte trotz ihrer Unerfahrenheit in Krankheiten, wie schwer dem Vater sein mußte, und mit ganzer Ungeheuer sah sie der Zukunft des Kindes, der vom Städtchen heraufkam, entgegen. Ungeachtet allem Angstgefühl war sie glücklich, daß sie der Mutter die vielbetete „nein“ leisten konnte, für welche es einer männlichen Hand unabweisbar am richtigen Gesicht gefehlt hatte. Der zitternde Kopf der Mutter, als sie ihr die heißen Hände zurecht schickte, war eine Freude und ein Schmerz zugleich. Warum auch hatte sie die Mutter — fragte sie sich immer wieder — unter der Last eines großen Hausalters und der vielen Arbeit, welche das Geschäft mit sich brachte, verlassen? War das Verhe, das ihr drüber zugeworfen, nicht unendlich schwerer zu ertragen gewesen, als der gerechte Tadel einer Mutter?

„Warten ist es nicht gegeben, ihr Unrecht! Mac vor sich zu gehen; doch Klara war zu klug dafür, was die Eigenliebe trübte ihr nicht wie früher den Blick.“

Endlich, nachdem eben schwere Mienen bei der Kranken eingetreten, kam der Doktor. Sein Gesicht nahm nach der Untersuchung einen besorglichen Ausdruck an, und als ihm Klara auf die Hausflur folgte, sagte er zögernd, es stehe schlimmer als die Kranke, und wenn nicht in der heutigen Nacht oder am morgigen Tage eine kleine Wendung zum Besseren eintrete, dann wäre allerdings die Hoffnung auf Genesung eine geringe.

Unzufrieden klagte bei diesen Worten dem Mädchen die Ängstlichkeit des Vaters und mit Gewalt drängte sie das Schluchzen zurück, das ihr die Brust zerprengt wollte, wenn man nicht hatte der Art den Finger erheben: „Nun braucht die Mutter vor allem, Kind!“ sagte er, „jede Anregung steigert das Fieber!“

Nachdem der Einspänner des Doktors schon längst weitergemacht war, stand Klara noch im Zimmer, um ihrer Bewegung ganz Herr zu werden, ehe sie das Krankenzimmer wieder betrat. Quers über wurde sie wohl den Vater vor dem bedenklichen Zustand der Mutter unterrichtet. Wie sie jedoch die Thüre der Wohnstube öffnete, fand sie ihn auf dem Boden, alten Sopha eingeschlagen. Seine 40g die Thüre wieder zu. Alles schien ihr verschlossen: nirgends konnte sie ihn mit ihrem Herzen und Kummer, doch große Not erwartete oftmals einzeln in der Kammerthür, — die im Gerüche des Alltagslebens verloren gegangene Gabe. — Seine Augen sahen den Thron des Herrschers zu bringen.

Als Klara sich ganz allein sah in dem ersten großen Schmerz, der sie traf, fand auch sie sinnliche Worte des Fiebers, welche ihr Ruhe und die Kraft brachten, aufrecht zu bleiben während der langen Stunden, die jetzt folgten.

Die ganze folgende Nacht lag die Mutter in wilden Fieberdelirien, die der Tochter Land thaten, wie sehr sich das treue Mutterherz ihretwegen abgelehnt und geängstigt hatte. Die Mutter war meist äußerlich so ruhig gewesen und zeigte nur wenig, was sie fühlte; — jetzt erst verstand Klara, zu welchen Sorgen sie Veranlassung gegeben.

Sie blieb unermüdlich in der Pflege und wollte nichts davon hören, daß der Vater eine Wärterin beschaffe, die sie ablösen sollte. Die Nacht verging ohne Wendung zum Besseren, und schon dämmerte der Morgen herauf. Es begann sich draußen zu regen; leise zwitschernd unerhörtlich sich einige Vögelchen mit einander, die ihre Nester unter dem vorspringenden Dache gebaut hatten, als die Klara die müden Augen schloß und in einen unruhigen Schlummer versiel. Doch allmählich, ganz allmählich wurden die Atemzüge der Kranken ruhiger, und endlich schien es ein erquickender Schlaf zu sein, in welchen sie gefallen war.

Sollte sich die Kranke eingestellt haben, welche der Arzt für möglich gehalten hatte? Klara mochte Klara zu hoffen. Und doch war dem so! Die Mutter sollte den Frühling erhalten bleiben, wenn gleich noch viele Tage vergehen mußten, ehe sie wieder zu den Gewohnheiten zurückkehrte.

Klara fühlte sich allem gewachsen; sie schaltete und waltete gleich einem erfahrenen Hausmütterchen und war rührend in der Sorge um die Mutter.

„Wie hast Du nur alles so schnell gelernt?“ fragte diese, nachdem sie ein Kräftchen gelehrt, daß ihr Klara an das Bett gebracht. „Vom Kochen hast Du doch nie etwas wissen wollen?“

„Sa Mutter!“ meinte Klara in zärtlichem Ton, „für das, was ich unter Fremden gelernt, hab' ich auch gehörig Lehrgeld bezahlet müssen. Wollt' Dir ja schon längst Alles erzählen, was mir passiert ist, doch während das böse Fieber da war, hab' ich es nicht wagen dürfen. Jetzt aber wirst Du wohl alles hören wollen?“

Die Mutter nickte zustimmend, und Klara erzählte ihre Erlebnisse von Anfang bis zum Ende.

Das Gesicht der Frau, welche aufmerksam auf jedes Wort lauschte, nahm einen mehr und mehr zufriedenen Ausdruck an. Es lag doch ein guter Kern zu einem tüchtigen Menschenkind in ihrem Wädeln! Durch ihr tüchtiges Verlangen war sie mitten in Verhältnisse hineingekommen, in denen es selbst für eine erfahrenere Person nicht leicht gewesen, sich zurechtzufinden; für ein einfaches Kind vom Lande mußten sie geradezu wie ein böhmisches Dorf sein!

Und doch hatte das Kind die Flinte nicht feige ins Korn geworfen, wie viele Andere, die nicht parieren gelernt haben, sondern um jede Schwierigkeit einen Wogen herum machen, oder sich derselben durch die Flucht entziehen.

Zuletzt zog Klara mit einer gewissen Befriedigung einen Brief aus der Tasche, den sie schon vor einigen Tagen erhalten und der also lautete:

„Liebes Fräulein!

Zu meinem Bedauern habe ich jetzt erst von meinem Sohne den richtigen Sachverhalt erfahren können bezüglich eines Gerüchtes, der Ihnen mein Haus vertrieben. Ich weiß nun, daß er die

Wieber (Berlin) bedauert, daß Wieber nicht zugebe, daß er christlichen Gewerkschaftsführern ungesetliche Motive unterworfen habe.

In der weiteren Debatte betont Wieber den Wunsch des Metallarbeiterverbandes, dem Verbands weiter anzugehören, wenn er auch nicht im Ausschuss vertreten sei.

Bruff erklärt, er glaube an kein Aufgeben der Opposition seitens des Herrn Wieber, wenn der Verband der Metallarbeiter gemeinsame Sache mit Herrn Wieber mache, werde ein neuer Metallarbeiterverband begründet werden.

Gräber (Freiburg) lehnte es ab, in den Ausschuss einzutreten, obwohl er die Opposition Wiebers mißbillige.

Wieber führte aus, er achte die Beschlüsse des Gesamtverbandes und betone, er habe durch seine Veröffentlichung den Ausschuss nicht beleidigt und könne daher nichts zurücknehmen. Er schlage vor, Klotz (Altenessen) vom Metallarbeiterverband in den Ausschuss zu wählen, Gräber (Freiburg) stehe der Centrale zu fern.

Mehrere Ausschussmitglieder erklärten sich gegen die Wahl Klotz, da dieser in einer öffentlichen Erklärung gegen den Ausschuss Stellung genommen habe.

Hic. Krumm stellt den Antrag, durch ein Schiedsgericht festzustellen, ob Wiebers Behauptung, er habe nicht beleidigt wollen, begründet sei.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Hic. Behm (Berlin) richtet einen lebhaften Appell an die Männer, die Beschränkungen, die man sich selbst in den früheren Kongressen auferlegt habe, zu revidieren, sonst komme man zur Anarchie.

Hierauf gelangt ein Antrag, die Abstimmung über die Ausschusswahl zu vertagen, zur Annahme.

Hic. Krumm macht bekannt, daß die Vertreter aller größeren Verbände und Konfessionellen Vereine die vorläufige Zulage gegeben hätten, die erforderlichen Beiträge für die Kosten eines Sekretariats zu tragen. Vorläufige Statuten seien bereits entworfen. Es werde beschlüssigt, das Reichsarbeitersekretariat am 1. Oktober in Berlin unter sachverständiger Leitung in Wirksamkeit treten zu lassen.

Zur Geschäftsordnung gibt Bruff die Erklärung ab, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln jetzt daran gehen werde, einen neuen Metallarbeiterverband zu begründen. Er müsse deshalb, um keine anderen Abhaltungen zu haben, die Wiederwahl in den Ausschuss ablehnen.

Am 2. Juli vormittags erlebte die Generalversammlung zunächst die Ausschussfrage. Es wurden die bisherigen Ausschussmitglieder sämtlich (mit Ausnahme Wiebers) wieder, sowie Kieneder (Frankfurt), Kurtscheid (Pöln) und Melchers (Pöln) neu gewählt. Ohne Debatte wurde dann bezüglich des „Falles Wieber“ mit großer Majorität beschlossen:

1. Solange der derzeitige christlich-soziale Metallarbeiterverband das persönliche Verhalten und die Kampfweise des Verbandsvorsitzenden Wieber, die mehrfach gegen die Tätigkeit des Ausschusses und die Interessen des Gesamtverbandes gerichtet waren, gut heißt — was seitens der heutigen Leitung des Verbandes geschehen ist — kann der Metallarbeiterverband dem Gesamtverbande nicht angehören.

2. In Konsequenz dieses Beschlusses wird der Ausschuss beauftragt, die Bildung eines neuen christlichen Metallarbeiterverbandes baldigst in die Wege zu leiten.

3. Die örtlichen Kartelle und Zirkel der christlichen Gewerkschaften werden aufgefordert, den gewerkschaftlichen Verkehr mit den Ortsgruppen des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes (Sitz Duisburg), die den vorstehenden Beschlüssen, der im Interesse der Gesamtbewegung gefaßt ist, nicht respektieren, einzustellen.

Die Generalversammlung ladet alle christlichen Metallarbeiter, die eine planvolle und einheitliche gewerkschaftliche Tätigkeit als notwendig erachten, ein, sich dem neu zu gründenden christlichen Metallarbeiterverbande anzuschließen.

Die Generalversammlung beschloß weiterhin eine Erhöhung des Verbandsbeitrages mit Rücksicht auf die beschlossene Begründung eines Reichsarbeitersekretariats in Berlin. Der Beitrag beläuft sich vom 1. Januar 1903 ab für männliche Mitglieder auf 15 Pfennig (bisher 10 Pfennig), für weibliche bleibt er mit 5 Pfennig bestehen.

Nächster Gegenstand der Beratung ist die Begründung eines christlichen Gewerkschaftsvereines der Arbeiter in der keramischen Industrie, der Glas-, Porzellan-, Steinzeug- und Töpferarbeiten. Zur Zeit besteht nur ein kleiner Glasarbeiterverband in Stolberg. Daneben gibt es noch zerstreute Sektionen, die anderen Organisationen angegeschlossen sind. Die Generalversammlung spricht ihre Sympathie für die Neugründung aus.

Nach Erledigung der Tagesordnung der Generalversammlung wurde die Tagesordnung des Kongresses wieder aufgenommen, und zwar mit einem Referat von

Giesberts (W. Gladbach) über die Frage der Organisation der ländlichen Arbeiter. Der Referent bezeichnete es als eine Pflicht der christlichen Gewerkschaften, freie Bahn zu schaffen für die Organisation der ländlichen Arbeiter. Diese sei notwendig, da der Landarbeiter ebenso wie der Industriearbeiter in seiner Arbeitskraft sein einziges Vermögen habe, das er möglichst günstig zu verwerten suchen müsse. Es sei die größte Ungerechtigkeit, daß in Preußen durch Gesetz von 1854 den Landarbeitern die Koalition und damit auch die Organisation zur Erreichung besserer Lohnbedingungen verboten sei, während den Unternehmern volle Vereinigungs-

freiheit gewährt werde. Eine Organisation der Landarbeiter würde ein Mittel sein gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter. Die Unternehmern müßten die Kontrakte mit den Organisationen vereinbaren, und diese würden den ländlichen Arbeitern sofort klar zu machen haben, daß es von ihnen eine moralische Pflicht sei, den eingegangenen Arbeitsvertrag zu erfüllen. Der Referent verbreitet sich weiter über die Organisationsfähigkeit der ländlichen Arbeiter. Die Verhältnisse im Klein-, Mittel- und Großbetriebe seien durchaus verschiedene. Die Organisation müsse sich danach richten. Beim Klein- und Mittelbetriebe läge fast nur das Gefinde in Frage. Eigentliche Lohnarbeiter, deren Verhältnis zum Arbeitgeber dem in der Industrie gleichläufe, gebe es nur beim Großgrundbesitze. Dieser komme in Deutschland hervorragend im Osten Preußens vor, überall sonst sei der Mittel- und Kleinbetriebe vorherrschend. Die Organisation im Osten müsse ähnlich eingerichtet werden, wie der der industriellen Arbeiter. In den anderen Gebieten müsse die Organisation sich andere Ziele setzen. Die Verhältnisse des Gefindes seien hier im Allgemeinen nicht so schlecht, es müsse hier besonders die Befreiung des Koalitionsverbotes gefordert werden. Die freien Arbeiter seien meist am schlechtesten gestellt, zum Teil seien sie völlig beschlos, in anderen Gegenden bleibe auch ihnen die Möglichkeit, selbständig zu werden. Besonders beklagenswert sei das Wanderarbeiterwesen. Hier sei die Organisation besonders am Plage. Sie müsse die Agenten beseitigen und die Lage der Arbeiter im Osten heben, damit der Abzug der ländlichen Arbeiter als Sachfänger und in die Städte aufhöre. Eine durchgreifende Organisation sei jetzt noch nicht möglich; Aufgabe der christlichen Gewerkschaften sei es, hier vorzuarbeiten.

Der Referent empfiehlt in dieser Hinsicht dem Kongresse die Annahme folgender Thesen:

„Um schon unter den heutigen Verhältnissen eine allgemeine Organisation der Landarbeiter vorzubereiten und die ihr entgegenstehenden Hindernisse, in den eigentümlichen ländlichen Verhältnissen begründeten Schwierigkeiten zu beseitigen, besonders um die allgemeine und soziale Bildung der Landarbeiter zu fördern, ist es notwendig, daß auf dem Lande nach dem Muster der industriellen Arbeitervereine ebenfalls Vereine für die Landarbeiter geschaffen werden. Als vornehmste Aufgabe solcher Vereine sind ins Auge zu fassen:

a) die geistige und sittliche Hebung des Arbeiterstandes durch belehrende Vorträge und Förderung der Geistesbildung,

b) den Landarbeitern bei Abschluss von Kontrakten und Übernahme von Arbeitsarbeiten Rechtsrat zu gewähren und in geeigneter Weise dieselben anzuleiten, nach Möglichkeit ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren,

c) Gründung von Wohnschatzklassen und Einrichtungen zur Verbesserung der Lebens- und Wohnungsverhältnisse (Konsumvereine, Bau- und Landverwehrgesellschaften).“

Der Referent hebt weiter hervor, die Erfahrungen im Auslande hätten bewiesen, daß die Landarbeiter nicht durch Lohnkämpfe und Streiks Erfolge haben könnten. Derartige Bewegungen könnten nur eintreten in der Erntezeit, und ihre Folge sei dann die Vernichtung der Ernten, worunter die Arbeiter selbst wieder zu leiden hätten. Angesichts der Vorgänge in Spanien, Italien und Ungarn sei dringend zu fordern, daß man in Deutschland die Landarbeiter christlich organisiere, bevor sich andere Einflüsse geltend machten. Es sei auch in Deutschland lange nicht Alles gut und recht, und die extremen Elemente rührten sich bereits, ihre Organisation auf das Land auszudehnen.

Der Referent fordert weiter einen gesetzlichen Arbeiterschutz für die ländlichen Arbeiter. Er wolle kein ganzes Programm aufstellen, sondern nur zwei Punkte hervorheben, die sich verwirklichen ließen. Es müsse 1. die Krankenversicherungspflicht in entsprechender Weise auf die ländlichen Arbeiter, das Gefinde und auf die Forstwirtschaft ausgedehnt werden und 2. die Sonntagsarbeit auf dem Lande mit Ausnahme der Arbeiten zur Viehwartung und den Fällen dringender Not verboten werden.

Schließlich betont die Resolution:

„Der Kongress fordert die sozialgestanten Männer aller Stände, die irgendwie dazu in der Lage sind, auf sich der gedachten Lage der Landarbeiterschaft anzunehmen und an der Durchführung der gedachten Reformen mitzuwirken. Die christlichen Gewerkschaften seien nicht in der Lage, selbst praktisch und unter Geldopfern für die Organisation der Landarbeiter zu arbeiten, sie müßten sich darauf beschränken, die Frage nur in Fluß zu bringen.“

In der Diskussion erklärt Braun (München), er habe bereits mit der Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter begonnen und mehrere Sektionen begründet. Es handle sich dabei um Arbeiter, die in den landwirtschaftlichen Betrieben der Militärverwaltung tätig seien. Eine Organisation des Gefindes halte er in Bayern für ausgeschlossen.

Weder (Zulda) bezeichnet es als notwendig, die Bauern, dort wo noch ungeeignete Arbeitsverhältnisse seien, darüber aufzuklären, daß es ihre eigene Schuld wäre, wenn sich die Arbeitsbedürftigkeit von der Gegend abwende. Daneben müsse eine Belehrung der Arbeiter und Arbeiterinnen über die sittlichen Gefahren in der Fremde hergehen.

Die Resolution des Referenten gelangte schließlich zur Annahme. Im Verbandorgan soll ein weiterer Gedankenaustausch über die Landarbeiterfrage stattfinden.

Es folgte das Referat von Giesberts (Freiburg) über die Förderung der Geistesbildung durch die christlichen Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sollen sich in dieser Richtung innerhalb des Rahmens halten, der durch die Zwecke der Gewerkschaften von selbst geboten sei: Aufklärung über das Wirtschaftsleben im Allgemeinen, über die soziale Gesetzgebung, über die Einzelaufgaben auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Selbst- und Staatshilfe, endlich auch Fachbildung und Beteiligung an volkswirtschaftlichen Kurien.

In der Diskussion wurde u. a. auf die schönen Erfolge der Arbeiterkurie in W. Gladbach hingewiesen.

Eine im Sinne des Referats gefaßte Resolution gelangt zur Annahme. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die Förderung der Geistesbildung betrachtet der vierte Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands als eine wichtige Aufgabe der christlichen Arbeiterbewegung, weil geistige Bildung als ein wesentliches Erfordernis zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sittlichen Hebung der Arbeiterklasse insbesondere auch als eine bedeutende Förderung ihrer gewerkschaftlichen Bestrebungen zu betrachten ist.“

Die Tätigkeit der Gewerkschaften soll sich innerhalb des Rahmens halten, der durch die Zwecke der Gewerkschaften von selbst gegeben ist: Aufklärung über das Wirtschaftsleben im Allgemeinen, über die soziale Gesetzgebung, über die Einzelaufgaben auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Selbst- und Staatshilfe, endlich auch Fachbildung, voran auf den Gebieten, wo sich der Gewerkschaft direkt durch sein Organ, durch seine Versammlungen, durch Bibliotheken, Schriftenverbreitung und Beteiligung an volkswirtschaftlichen Kurien betätigen kann und soll.

Die Gewerkschaften sollen es sich außerdem angelegen sein lassen, ihre Mitglieder aufzufordern, an den anderen Veranstaltungen zwecks allgemeiner geistiger Fortbildung, welche von anderen Vereinen und kommunalen Organen ausgehen, lebhaften Anteil zu nehmen.“

Damit war die Tagesordnung des Kongresses im wesentlichen erledigt.

In der Schlußsitzung wurde festgestellt, daß der nächste Kongress in Detmold tagen soll. Dem Verbandsauschuss bleibt es überlassen, den Kongress zum nächsten oder übernächsten Jahre zuzuberufen.

Auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses soll die Frage der Arbeitslosenversicherung gesetzt werden.

Der Holzarbeiterverband hat seit zwei Jahren eine Arbeitslosenunterstützung eingerichtet, weiterhin hat der Siegerländer Metallarbeiterverein dieselbe Einrichtung beschloßen.

Der Ausschuss wird beauftragt, auf die Ortskartelle dahin einzuwirken, daß sie dafür sorgen, daß die Verbandsmitglieder, die keinen konfessionellen Vereinen angehören, die zur Bekämpfung von Herbergen, Gesellenhäusern u. dergleichen, billige, anständige Wohnungen in Gasthäusern erhalten.

Weiterhin soll der Ausschuss den Schutz der heimischen Arbeiter gegenüber der Konkurrenz von Seiten ausländischer Arbeiter anstreben. Es soll eine Verbindung angestrebt werden, um Klarheit darüber zu schaffen, inwieweit ein Einvernehmen zwecks Verhinderung des Imports von Lohnbrüchern zu verhindern möglich sei.

Eine längere Debatte knüpfte sich an den Antrag des Delegierten eines neubegründeten „Verbandes christlicher Steinarbeiter Deutschlands“, der Gesamtverband möge den Verband, der bis jetzt nur 2 Zirkel mit 34 Mitgliedern hat, auflösen. In der Diskussion wurde von verschiedenen Seiten betont, es sei falsch, immer neue Verbände zu gründen. Der Kernpunkt sei, daß man die geeigneten Leute finde zur Leitung von Organisationen. Hätte man diese, dann wäre es leicht, noch viele Leute christlich zu organisieren. Schließlich gelangte ein Antrag Bruff zur Annahme, worin der Kongress erklärt, daß es unzulässig sei, für die Folge noch Centralisationen und überhaupt Organisationen zu gründen ohne Einvernehmen mit dem Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Der Antragsteller hatte hierzu ausgeführt, daß man den Ausschuss bei der Gründung befragen müsse, weil man später an ihn auch mit Ansprüchen auf finanzielle Unterstützung komme.

Der Vorsitzende kam nunmehr zum Schlußwort. Er sprach seine Befriedigung aus über die praktische Arbeit des Kongresses. Das betrübende Ereignis des Falles Wieber werde durch kräftige Agitation für den Gesamtverband wieder ausgeglichen werden. Wer der Gewerkschaftsbewegung nicht mit beschränkten Armen zugehen habe, werde zugeben müssen, daß das Verhalten des Metallarbeiterverbandes dem Fortschreiten des Gesamtverbandes hinderlich gewesen sei. Er konstatierte mit Befriedigung, daß die Bewegung der christlichen Arbeiter ebenso in der Öffentlichkeit wachsende Beachtung gefunden habe, wie sie überall an Umfang der Mitgliederzahl stetig zugenommen habe.

Mit einem lebhaften Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung schloß hierauf der Kongress.

## Koalitionsrecht und „gute Sitten“.

Der Stuttgarter Straßenbahnerstreik hat weithin Aufsehen erregt, namentlich durch den Beschluß des dortigen Amtsgerichts, der den Antrag der Stadtgemeinde auf Auslieferung des Betriebsmaterials der Straßenbahn abgewiesen hat, weil nicht die Direktion der Bahn den Zustand und damit die Störung des Betriebes veranlaßt habe, sondern der Vertragsbruch der Angestellten. Damit hätten die Angestellten einen ungesetzlichen Weg beschritten und die Direktion treffe somit kein Verbot für das sie der Gemeinde haftbar sei.

Dieser Fall ist von prinzipieller Bedeutung. Hierzu schreibt die „Soziale Praxis“ (Nr. 38): Das Koalitionsrecht sei es gewesen, das den Streik veranlaßt hätte, und daß hier das gute Recht auf Seiten der Angestellten gewesen sei, hätten die Sympathie des Publikums, das Eintreten der Stadtgemeinde, sowie die Haltung der Regierung bewiesen. Abweichender Ansicht sei das Amtsgericht, es fände das privatrechtliche Verbot der Ausübung eines gesetzlichen Rechts ganz in der Ordnung. In den Urteilsgründen heißt es:

„Zuweisen ein solches privatrechtliches Verbot, das durch einen Dienstbefehl ausgesprochenes Koalitionsverbot, das nicht nur den Gedanken, der eigene Herr im Hause zu sein, zum berechtigten Ausdruck bringt, sondern häufig auch dem richtig verstandenen Interesse der Angestellten dient, gegen die guten Sitten verstoßen soll, ist selbstverständlich, und wie es um den besprochenen Fundamentalsatz der Koalitionsfreiheit steht, zeigt der Absatz 2 des § 152 der Gewerbeordnung, wonach das Gesetz die Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen keineswegs begünstigt. Ferner verkennt die Antragstellerin (die Stadt) vollständig, daß, wenn sie vielleicht zu anderer Zeit ein Entgegenkommen der Direktion in der Frage der Koalitionsfreiheit in Aussicht nehmen dürfte, ein derartiges Zugeständnis an die Angestellten im jetzigen Zeitpunkte zugleich einen Erfolg des Verbandes bedeutete, in dessen Tätigkeit die Direktion mit Recht den Wirtung der miltlichen Lage, in die sie bezieht worden war, ersicht.“

Diese Begründung ist so bemerkt dazu das oben genannte Organ, außerordentlich charakteristisch für das völlige Unverständnis mancher Kreise, sich in die grundlegenden Grundsätze der modernen Arbeitsverhältnisse hineinzuversetzen. Für sie ist der Unternehmer der „Herr“, der „Herr“ nicht nur „im eigenen Hause“, sondern auch über das Verhalten der Arbeiter in ihrem Privatleben. Wenn der Arbeitgeber nicht will, so darf der Arbeiter kein Koalitionsrecht nicht ausüben; umgekehrt liegt die Sache freilich anders, da machen die Arbeiter sich durch Sperre und Werrufserklärung höchst strafbar. Das Koalitionsrecht ist zwar für beide Parteien freigegeben, die Arbeitgeber machen den ausgiebigsten Gebrauch davon, die Arbeiter aber dürfen dies nur, wenn der Unternehmer es gestattet. Und der Staat hat dies Recht zwar bewilligt, aber er stellt keine Ausübung mit ungünstigen Augen an. Mit derartigen Auffassungen und Auslegungen des Rechts wird ein Unheil angerichtet, das geradezu das Fundament des Staates untergräbt, weil es in den Massen der stärksten Zweifel an der Gerechtigkeit weckt. Es sei in hohem Grade erfreulich, daß der Gemeinderat sofort in seiner Sitzung vom 12. Juni dem Urteil gegenüber seinen Standpunkt dahin gewahrt habe, daß eine privatrechtliche Beschränkung der Koalitionsfreiheit gegen die guten Sitten verstoße und die Direktion durch ihren Erlaß den Rechtsboden verlassen habe.

Um derartigen weiteren Vorkommnissen vorzubeugen, wäre es vielleicht am besten, daß gesetzlich festgelegt wird, daß derjenige, welcher die Ausübung eines gesetzlichen Rechtes verbietet, sich ebenso strafbar macht, wie derjenige, der ein gesetzliches Recht mißbraucht.

Berje, welche die Ursache von so vielem Verdruß geworden, erst in Ihren Korb legte, als er Sie, einem Ruf aus dem Hause folgend, vordrin gehen sah. Sie konnten somit von dem Inhalt keine Kenntnis gehabt haben, und ich bedauere aufrichtig, was in der Folge vorgefallen ist. Ich bin gerne erwidrig, die Ihnen aus meines Sohnes Thorheit erwachsene Unbill gut zu machen und erlaube Sie, im Herbst, wenn man Sie zu Hause entbehren kann, Ihre Stelle bei mir wieder anzutreten.“

Die Mutter seufzte, als Klara so weit gelesen hatte, und sagte in traurigem Tone: „So wirst Du wohl wieder fortgehen wollen?“

Klara lächelte munter: „Wenn Du mich nicht loswerden willst, bleibe ich hier, wo ich jetzt nötig bin. Weißt, Mutter lieb,“ sagte sie mit einem innigen Händedruck bei, „ich hab' schon Zeit gehabt, einsehen zu lernen, daß der Klang, welcher in einer solchen Stelle, wie ich sie hatte, nicht so beglückend ist, wie ich's mir ausmalte. Eigentlich war es eine rechte Redheit von einem so unerfahrenen Ding, sich zur „Stärke“ aufzuwerfen, und von der Herrschaft vielleicht unvorsichtig, einem Mädchen aus solch einfachen Verhältnissen Verständnis für Dinge zuzutrauen, von denen sie keinen „Schimmer“ hatte. Aber gottlob! mit der Stäbchenherlichkeit ist's vorbei — und gebadet hat's mir am Ende nicht — daß ich mich bucken lernte — sonst könnte ich jetzt nicht hier im Hause den Posten einer Stärke ausfüllen.“

Während über Klara's Lippen sich Worte des Schmerzes und Entsetzes in lunterbuntem Gemische drängten, glänzten Thränen der Rührung in der Mutter Augen.

Darüber aber stieß der Johann und summt mitten unter dem klappernden Mühlradern vergnügt ein Scheinmiedchen vor sich hin. Er hat die junge, blonde Nachbarin nicht gar oft gesehen und noch weniger gesprochen, seit er sie mit dem Braunen heimgeholt. Der eingebildete Mensch meint aber doch zu wissen, wie er dran ist mit ihr, und haut allerlei Luftschlöcher, in denen eine blonde Müllerfrau herumhüpft und einen gewissen Johann zum glücklichsten Mäcker reit und dreht macht.

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Füssen. Unsere Ortsgruppe veranstaltete am Samstag, den 5. cr. eine öffentliche Textilarbeiterversammlung, zu welcher sämtliche Arbeiter Füssens eingeladen waren.

Aus der Pfalz. In Ansehung an den diesjährigen Kongress fanden in Süddeutschland von Centralverbände christlicher Textilarbeiter eine Reihe von Versammlungen statt.

Jetzt ging es am Sonntag, den 6. Juli nach Lambrecht. Die dortigen Kollegen holten die Referenten schon von der Bahn ab, und freudig bewegt drückte man sich gegenseitig die Hand.

Es erhielt jetzt das Wort ein Genosse Janjan. Auch dieser Redner sprach über die Erklärung der Getreidepreise, über Centrum, über den Streik in Birgden, über Arbeiterpolitik usw.

Lebensigkeit artete bei den Ausführungen des zweiten Redners in einen richtigen Rabau aus und war die Unruhe im Saal sehr groß.

Es erhielt jetzt das Wort der zweite Referent Kollege Peisch aus Krefeld. Derselbe nagelte zwei Punkte fest und zwar erstens, daß der erste Diskussionsredner Kleemann öffentlich erklärt habe, daß er über die Grenzen des Anstandes hinausgegangen sei, und zweitens, daß ein Genosse zur Geschäftsordnung öffentlich erklärt habe, seine Gefinnungsgenossen hätten in der Versammlung die größte Sauerei gemacht.

Die christlichen Kollegen aus Weidenthal folgten nach ihrer Heimat und die Kollegen aus Lambrecht versammelten sich in ihrem Bezirkslokal. Auf der Straße ging sogar ein Genosse zum Faustrecht über, er pöbelte einen Andersgläubigen an und schlug nach ihm, ein härterer Genosse faßte ihn darauf bei der Gurgel und hielt ihn zurück.

So erdete die Versammlung in Lambrecht. An diese Niederlage werden die Genossen noch lange denken. Die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes von hier schauen mit Befriedigung auf diesen Tag zurück und rufen mit dem Referenten ihren Brüdern aus Lambrecht und Weidenthal zu: Kollegen, alle hinein in den Centralverband christlicher Textilarbeiter, denn für jeden Gebenden hat es sich wieder gezeigt, daß den Genossen Parteipolitik über alles geht, und daß sie die Gewerkschaften als Vorspann brauchen für die Sozialdemokratie.

Werden (Rahr), den 30. Juni. Am letzten Samstag hielt die hiesige Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht des Kollegen Als. Stoff über die Sitzung des Bezirksvorstandes vom 22. Juni und die einstimmig angenommene Beschlüsse auf die Schaffung einer Verbandskrankenkasse gerichteten Anträge der Ortsgruppe Werden.

Handarbeit. Kaufen Sie stets die garantiert handgemachten, aus bestem Material hergestellten Arbeits-Schuhe und Stiefel von H. Kerkhoff in Uedem.

Handarbeit. Kaufen Sie stets die garantiert handgemachten, aus bestem Material hergestellten Arbeits-Schuhe und Stiefel von H. Kerkhoff in Uedem.

Handarbeit. Kaufen Sie stets die garantiert handgemachten, aus bestem Material hergestellten Arbeits-Schuhe und Stiefel von H. Kerkhoff in Uedem.

Handarbeit. Kaufen Sie stets die garantiert handgemachten, aus bestem Material hergestellten Arbeits-Schuhe und Stiefel von H. Kerkhoff in Uedem.

M. Glabach-Laud. (Bauhof Speil.) Sonntag, den 12. Juli, morgens 11 Uhr, im Lokale von Adolph Berchthagen, Mitgliederversammlung. T.D. im Lokale. Vollzähliges Erscheinen gewünscht.

Giesentirchen. Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 6 Uhr, Generalversammlung der Ortsgruppe Giesentirchen im katholischen Vereinslokal zu Giesentirchen. T.D. im Lokale. Alle Kollegen erscheinen.

Hilben. Sonntag, den 13. Juli, nachmittags 5 Uhr im Lokale des Herrn Rippenberg (oberer Saal), Versammlung mit Vortrag. Alle Mitglieder erscheinen. Bekannte mitbringen.

Holt. Sonntag, den 13. Juli, nachmittags 6 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale Hermann Krey. T.D. wichtig. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Krefeld. (Kartell.) Am Dienstag, den 15. Juli, abends 9 Uhr, findet bei Schmitz, Markt- und Breiteck-Ecke eine Sitzung statt. Da die T.D. sehr wichtig ist, werden die Delegierten ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Neuwert. Samstag, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Johann Weyerh (Damm) Mitgliederversammlung. Wichtiges und reichhaltiges T.D. im Lokale.

Piefen. Ortsgruppe III. Sonntag, den 13. Juli abends 6 Uhr, findet bei J. Willen, Söler, eine öffentliche Mitglieder- und Mitgliederinnen-Versammlung statt. (Referent Diekmann.) Zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Waldhauserhöhe. Sonntag, den 13. Juli, morgens 11 Uhr, Versammlung beim Wirtin Joh. Kapp. T.D. im Lokale. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Waldhausen. Generalversammlung des Gewerkschafts-Konsumvereins „Solidarität“, e. B. m. b. H., am Sonntag den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, beim Wirtin Joh. Lemarz. T.D.: 1) Geschäftsbericht und Bilanz, Vorlage vom verfloffenen Jahre, sowie Festlegung der Dividenden, 2) Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern und Neuwahl resp. Ersatzwahl von Vorstandmitgliedern, 3) Beratung und Beschlußfassung über den Anschluß an die Central-Konsumgenossenschaft, 4) Beschiedens. Der Aufsichtsrat. J. B.: Gust. Kammels, Vorsitzender.

Table with 2 columns: Item and Amount. Title: Eintausfstafte Helenabrunn. Bilanz vom 1. Oktober 1901 bis 1. Juli 1902. Einnahme 2997,58 Mart. Ausgabe 2747,56 Mart.

III. Verbandsbezirk (Machen.) Montag, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „zur Maus“, Versammlung für alle Mitglieder des Machener Bezirks. T.D.: Der internationale Kongress in Zürich. Als Referenten werden unsere Delegierten, Centralvorsitzender Schiffer und Bezirksvorsitzender Sienich, erscheinen.

Stoffweber! Die Ausschußmitglieder der Stofffabriken werden ersucht, bis Donnerstag, den 17. Juli, die Fragebogen, welche dieselben auf der Konferenz erhalten haben, gut ausgefüllt einreichen zu wollen.

Sterbe-Tafel. Krefeld, Ortsgruppe II. Unser treues Mitglied Peter Jansen wurde am 2. Juli in ein besseres Jenseits abberufen.

Handarbeit. Kaufen Sie stets die garantiert handgemachten, aus bestem Material hergestellten Arbeits-Schuhe und Stiefel von H. Kerkhoff in Uedem.

Handarbeit. Kaufen Sie stets die garantiert handgemachten, aus bestem Material hergestellten Arbeits-Schuhe und Stiefel von H. Kerkhoff in Uedem.

Handarbeit. Kaufen Sie stets die garantiert handgemachten, aus bestem Material hergestellten Arbeits-Schuhe und Stiefel von H. Kerkhoff in Uedem.